

Erscheint wöchentlich drei Mal
und zwar Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend (Vormittag).
Abonnementspreis beträgt
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf.
prænumerando.

Anzeiger

für Zwönitz und Umgegend. Organ

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ott in Zwönitz.

Inserate werden bis spätesten
Mittags des vorhergehenden
Tages des Erscheinens erbeten
und die Corpusspaltenzeile mit
10 Pf., unter „Eingefandt“ mit
20 Pf. berechnet.

N^o 77.

Donnerstag, den 5. Juli 1883.

8. Jahrg.

Politische Rundschau.

Deutschland. Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat, begleitet von der Frau Fürstin und seinem ältesten Sohne, dem Grafen Wilhelm, am Montag Berlin verlassen und sich zunächst nach Friedrichsruh begeben.

Die parlamentarische Thätigkeit ruht nun bei uns gänzlich, da am Sonnabend die Session des Bundesrathes und am Montag der preussische Landtag geschlossen worden ist. In den letzten Tagen ruhte der Schwerpunkt der Landtagsverhandlungen hauptsächlich beim Herrenhause, welches noch über die Canal-Vorlage und die kirchenpolitische Vorlage Beschluß zu fassen hatte. Ersteren Gesetzentwurf hat das Herrenhaus, abweichend von den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, abgelehnt, so daß hierüber in der nächsten Session erst eine Verständigung zwischen beiden Häusern herbeigeführt werden muß; dagegen nahm das Herrenhaus die kirchenpolitische Vorlage nach der Fassung des Abgeordnetenhauses am Montag mit 64 gegen 16 Stimmen an. Ein kurzer Rückblick auf die nach beinahe 8monatlicher Dauer nunmehr zu Ende gegangene Session führt uns als die Hauptergebnisse derselben die Annahme des Gesetzentwurfes über die Aufhebung der zwei untersten Classensteuerstufen, die Annahme der Vorlage über die Secundärbahnen, die Verwaltungsgeese, die wenigstens vom Abgeordnetenhause genehmigte Canal-Vorlage und die kirchenpolitische Vorlage vor Augen; außerdem fand noch eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen, wie die brandenburgische Landgüter-Ordnung, das Staatsschulbuch, die Subhastationsordnung u. s. w. die Zustimmung des Landtages. Das Facit am Ende der Session ist demnach, was practisch bedeutende Leistungen der Gesetzgebung anbelangt, ein recht befriedigendes und dies ist um so mehr anzuerkennen, als das Abgeordnetenhaus mit fortwährenden Störungen durch die Concurrrenz des Reichstages zu kämpfen hatte.

Ueber den Inhalt der jüngsten vaticanischen Note an die preussische Regierung ist noch nichts Authentisches bekannt geworden und sind deshalb die Meldungen verschiedener römischer Correspondenten über diesen Gegenstand mit großer Vorsicht aufzunehmen. Nach diesen Mittheilungen läge es in der Absicht des Vaticanus, die Anzeigepflicht zu bewilligen, wenn der Staat die Forderungen der Curie bezüglich der Seminarien und der Jurisdiction der Bischöfe erfülle. Ein römischer Correspondent der „Schlesischen Zeitung“ berichtet über eine Unterredung mit einem hohen kirchlichen Würdenträger, in welcher derselbe mit größter Bestimmtheit erklärte, daß „wir am Vorabend eines modus vivendi mit der Curie stünden und trotz gewisser Warnungen von zur Fortsetzung des Kampfes geneigter Seite sei der Papst selbst fest davon überzeugt, daß Preußen die vom Minister von Goltz vor dem Landtage abgegebenen Versicherungen auch vollinhaltlich erfüllen und dadurch die Handhabe zu Verhandlungen bezüglich Herbeiführung einer definitiven Verständigung gewähren würde.“ (Dem „Moniteur de Rome“ zufolge enthält die Note drei Hauptpunkte. Sie drückt erstens ihr Erstaunen darüber aus, daß die preussische Regierung während der Verhandlungen mit Rom dem Landtage ein kirchenpolitisches Gesetz vorgelegt habe, bezeichnet zweitens die Herstellung eines Einvernehmens mit dem Vatican als das einzige Mittel, um zum Frieden zu gelangen und betont drittens bezüglich der Anzeigepflicht, daß diese nur durch den Vatican zugestanden werden könne.)

In den gastlichen Mauern der alten Hansestadt Hamburg wird zur Zeit das erste allgemeine deutsche Kriegerfest gefeiert, welches aus allen Gauen Deutschlands ungemein zahlreich besetzt ist. Es ist ein erhebender Gedanke, daß zum ersten Male Mitglieder sämtlicher deutscher Kriegervereine sich zusammengefunden haben, um sich zu einem baldigen gemeinsamen Zusammenstehen kameradschaftlich die Hand zu reichen und darzuthun, daß die particularistischen Tendenzen, welche bei einzelnen Vereinen noch mehr oder minder hervorschauen, allmählich den Anschauungen weichen, welche sich im Sinne einer engeren Verbindung der deutschen Kriegervereine geltend machen. Ob schon die Hamburger Festtage zur Gründung eines allgemeinen deutschen Kriegerbundes führen werden, ist zwar aus verschiedenen Gründen noch zu bezweifeln, sicherlich werden sie aber

zur baldigen Ausführung dieser Idee lebhaftere Anregung geben und die weitere Entwicklung des deutschen Kriegervereinswesens begünstigen.

Oesterreich-Ungarn. Kaiser Franz Josef hat am Sonntag mit großem Gefolge eine längere Reise nach Steiermark und Krain angetreten, wozu die Jubelfeier der Vereinigung beider Provinzen mit den österreichischen Stammländern den Anlaß gegeben hat. In Graz, der Hauptstadt der „grünen“ Steiermark, wo der Kaiser am Sonntag Abend eintraf, ist ihm ein ebenso glänzender wie herzlicher Empfang zu Theil geworden und auch an den Zwischenstationen wurden dem Monarchen begeisterte Ovationen dargebracht. Auf die Ansprache des Grazer Bürgermeisters erwiderte der Kaiser, daß er mit Freuden zur Feier des patriotischen Landesfestes gekommen sei und möglichst lange in Graz zu verweilen gedenke, wo er sich mit regem Interesse von dem Ausblühen der Stadt und der Wohlfahrt ihrer Bewohner überzeugen werde. Abends wurde dem Kaiser vor der Burg, wo er sein Absteigequartier genommen hat, vom Grazer Männergesangsverein ein Ständchen gebracht. Die zahllosen vor der Burg versammelten Menschenmassen brachen, als der Herrscher auf dem Balkon erschien, in stürmische Jubelrufe aus. — Die Landtagswahlen der böhmischen Städtecurie haben für die deutsche Partei den Verlust der beiden letzten Mandate, welche sie noch in Prag besaß — für die Josefstadt — herbeigeführt; im Uebrigen haben auch die Städtewahlen in dem gegenseitigen Besitzstande keine Veränderungen hervorgerufen.

Frankreich. Die legitimistischen Kreise Frankreichs sind durch die Nachricht von der abermaligen schweren Erkrankung des Grafen Chambord, des in Frohsdorf residirenden Präbidenten auf den französischen Thron, in nicht geringe Bestürzung versetzt worden. Der Graf von Paris ist am Montag in der französischen Hauptstadt angekommen, wo am genannten Tage alle Prinzen von Orleans anlässlich der ersten Nachrichten aus Frohsdorf zu einem Familienrath zusammengetreten sind, der sich jedenfalls mit der Frage, wer nach dem eventuellen Ableben des Grafen Chambord die Nachfolge zu übernehmen habe, beschäftigt hat. Die französische Regierung soll fest entschlossen sein, falls nach dieser Richtung hin eine Kundgebung der Orleansisten erfolgt, die sofortige Ausweisung der gesammten Familie Orleans anzuordnen. Graf Heinrich Chambord wurde am 29. September 1820 als einziger Sohn des in ebendemselben Jahre ermordeten Herzogs Karl Ferdinand von Berry geboren und ist der Hauptvertreter der älteren Linie der Bourbons, weshalb ihn auch seine Anhänger als Heinrich V. bezeichnen. Da er kinderlos ist, so würden im Falle seines Ablebens die Chancen der Orleans allerdings steigen, soweit dies eben unter den heutigen Verhältnissen in Frankreich möglich ist. — Ueber die Krankheit des Grafen Chambord meldet man aus Paris, daß dieselbe in einem sehr ernstesten Magenleiden besteht, doch soll eine unmittelbare Gefahr für das Leben des Erkrankten nach ärztlichem Ausspruche ausgeschlossen sein.

Rußland. General Gurko, der neuernannte Statthalter für das Königreich Polen, wird in diesen Tagen in Warschau erwartet. Man sieht hier der Ankunft Gurko's mit einer gewissen Beklemmung entgegen, da er, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, dem fein gebildeten und milden Albedinski, als ein alter Haudegen von schroffen Manieren und rücksichtslosem Auftreten gilt. Falls sich diese Characteristika bestätigen, so wäre die Ernennung Gurko's gerade kein glücklicher Griff der russischen Regierung, da sich gerade jetzt in Polen wiederum Anzeichen von Unzufriedenheit verschiedener Maßregeln der Petersburger Regierung zeigen.

Rumänien. Die rumänische Regierung bemüht sich jetzt, die für Oesterreich so verletzenden Worte, welche jüngst der Senator Gradisteano in Jassy gesprochen hat, ihres aggressiven Characters zu entkleiden. Der „Romanul“, das Amtsblatt der Bucarester Regierung, erklärt in einer seiner letzten Nummern, daß die Regierung es für ihre Pflicht halte, solche Aeußerungen, wie sie in Jassy gethan worden seien, und ihnen entsprechende Tendenzen mit aller Energie und in amtlicher Weise zu verurtheilen. Hiermit scheint man aber in Wien nicht zufrieden zu sein, denn das officöse „Fremdenblatt“ erklärt das amtliche Communique des „Romanul“ als durchaus unzureichend und fordert von der rumänischen Regierung eine bündige und unzweideutige Erklärung.